



**Sehr geehrte Damen und Herren,
liebe Freundinnen und Freunde im Wahlkreis Gifhorn-Peine,**

am 25. August sind wir Abgeordnete zu einer Sondersitzung zusammengekommen. Die schrecklichen Ereignisse in Afghanistan, aber auch die Flutkatastrophe in Teilen unseres Landes, haben diese Sitzung notwendig gemacht.

Nach derzeitigen Erkenntnissen sind 183 Menschen der Flut zum Opfer gefallen, viele Tausende haben ihr Hab und Gut verloren. Diesen Menschen gilt unser Mitgefühl. Umso wichtiger ist es, dass wir ihnen, aber auch den betroffenen Kommunen helfen, um schnell wieder eine funktionierende Infrastruktur herzustellen. Anders als in vielen Medien dargestellt, hat sich unser Kanzlerkandidat sehr um die Menschen vor Ort gekümmert, nahezu alle betroffenen Orte besucht. Das nun beschlossene Hilfspaket ist ein Ergebnis dieses Engagements.

In den 20 Jahren des Einsatzes in Afghanistan haben 59 Soldaten ihr Leben für unsere Sicherheit lassen müssen. Ein großes Opfer, das durch nichts aufgewogen werden kann. Bei aller aktuellen Kritik war der Einsatz nicht vergebens. Wir dürfen nicht vergessen, dass wir einer Generation, vor allen Mädchen, ein Aufwachsen unter besseren Bedingungen ermöglicht haben. Sie konnten zur Schule gehen. Sie konnten ihr Leben abseits der unmenschlichen Regeln der Taliban leben.

Zur politischen Wahrheit gehört auch, dass die Grünen im März mehrheitlich gegen eine Verlängerung des Afghanistan-Mandats gestimmt haben. Wäre es nach ihnen gegangen, wäre das Mandat im März ausgelaufen. Wir hätten nicht die Möglichkeit gehabt, eine Vielzahl der Ortskräfte der Bundeswehr in einem geordneten Verfahren außer Landes zu bringen. Denn schon vor Beginn der Evakuierungsaktion waren 75 % der Ortskräfte und ihrer Familien aus Afghanistan gebracht worden.

Am heutigen 07. September sind wir Abgeordnete dann noch zu einer letzten regulären Sitzung in Berlin zusammengekommen. Einen Überblick dazu finden Sie auf den Seiten 4 und 5 dieser Schulterblick-Ausgabe. Und auch diesmal gilt wie immer: Sollten Sie Fragen zu den Beschlüssen haben, kontaktieren Sie gerne mein Team und mich.

Ihre und Eure



Bericht aus Berlin

Regierungserklärung zur Lage in Afghanistan

Bundeskanzlerin Angela Merkel machte Ende August in ihrer Regierungserklärung zur Lage in Afghanistan klar, dass Deutschland auch nach dem Ende der Evakuierungsmission der Bundeswehr die Menschen dort unterstützen wird. Das ist aus meiner Sicht ein wichtiges Signal und daran müssen wir uns in den kommenden Wochen und Monaten messen lassen. Wir dürfen nicht die vielen verzweifelten Menschen der Willkür der militant-islamistischen Taliban oder dem sogenannten Islamischen Staat überlassen. Aus unserer 20-jährigen Präsenz heraus erwächst eine Verantwortung, insbesondere gegenüber den afghanischen Ortskräften und ihren Familien sowie besonders schutzbedürftigen Vertreterinnen und Vertretern der afghanischen Zivilgesellschaft.



Wir müssen alle Anstrengungen unternehmen, diese Menschen in Sicherheit zu bringen.

Um dieses Ziel zu erreichen, erklärte die Kanzlerin die Bereitschaft der Bundesregierung, mit den Taliban zu verhandeln. Dies ist zwar bitter, aber in dieser äußerst schwierigen Lage wohl unvermeidbar. Erfreulich ist, dass sie neben der bereits zugesagten Soforthilfe in Höhe von 100 Millionen Euro weitere 500 Millionen Euro für die humanitäre Hilfe in Afghanistan und den Nachbarstaaten bereitstellen will.

In meinen Augen ist es weiterhin erschütternd, dass unsere Dienste – genauso wie die unserer Verbündeten – die Entwicklungen in Afghanistan dermaßen falsch eingeschätzt haben. Kaum jemand hat damit gerechnet, dass die Taliban innerhalb kürzester Zeit die Macht übernehmen werden. Auch wenn die Situation dramatisch, gar katastrophal war und ist, dürfen wir nicht vergessen, dass wir mit unserem Einsatz in Afghanistan einiges erreicht haben. Über zwanzig Jahre hinweg ging von afghanischem Territorium keine terroristische Gefahr aus. Das Hauptziel des Einsatzes. Darüber hinaus konnten wir die Lebensbedingungen für die Menschen vor Ort essenziell verbessern, dies gilt insbesondere für Frauen und Mädchen. Der Dienst Tausender Soldatinnen und Soldaten der Bundeswehr sowie unzähliger ziviler Helferinnen und Helfer war nicht umsonst, für ihr Engagement zolle ich ihnen jeglichen Respekt und meinen Dank. Das Gleiche gilt für die Angehörigen der Bundeswehr, die in den letzten Tagen und Wochen unter schwierigsten Bedingungen an der Evakuierungsmission beteiligt waren. Ihnen allen sind wir eine umfassende Aufarbeitung des Afghanistan-Einsatzes und der jüngsten Entwicklungen schuldig.

[Die vollständige Regierungserklärung und Debatte finden Sie hier.](#)



Bericht aus Berlin

30 Mrd. Euro Fluthilfe für betroffene Gebiete

Neben der Lage in Afghanistan und dem Bundeswehreininsatz dort war ein von CDU/CSU und SPD eingebrachter Gesetzentwurf zur Errichtung eines Sondervermögens „Aufbauhilfe 2021“ der Grund für die Sondersitzung des Deutschen Bundestages am 25. August. Dieser wurde dann am 07. September verabschiedet. Mit bis zu 30 Mrd. Euro von Bund und Ländern wollen wir die Opfer der Flutkatastrophe, die Mitte Juli besonders Rheinland-Pfalz und Nordrhein-Westfalen hart getroffen hat, unterstützen und die durch Starkregen und Hochwasser entstandenen Schäden beseitigen. Es müssen Wohnhäuser, Straßen, Brücken und Schienen wiederaufgebaut werden. Auch betroffene Unternehmen werden staatliche Hilfe bekommen. Dies umfasst viele landwirtschaftliche Betriebe, die ihre Ernten und Tiere verloren haben und die dennoch vielerorts zu den ersten Helfern in der Not gehörten.

Der Ministerpräsident von Nordrhein-Westfalen und Kanzlerkandidat, Armin Laschet, sprach im Plenum des Deutschen Bundestages von einer „Jahrhundertkatastrophe“. Er dankte auch für die enorme Solidarität, die den Hochwassergebieten aus der gesamten Bundesrepublik entgegengebracht wurde. Er machte sich in seiner Rede dafür stark, unsere Wirtschaft klimaneutral zu machen, damit wir solche Auswüchse des Klimas nach Möglichkeit reduzieren können. Als wichtige Lektion aus der Flutkatastrophe wollen wir ferner eine bessere Warnung der Bevölkerung bei künftigen Extremereignissen erreichen. Die Regelungen dazu sehen die Möglichkeit einer Warnung per SMS vor, ohne dass man dafür eine besondere App benötigt oder sich vorher registrieren muss. Auch der Einsatz der klassische Warnsirene muss neu überdacht werden.



Epidemische Lage — Hospitalisierungsrate wichtig

Auf der Tagesordnung der Sondersitzung stand auch die erneute Feststellung der epidemischen Lage von nationaler Tragweite. Wichtig dabei war, dass wir uns nun nicht mehr rein an den Inzidenzwerten orientieren werden. Angesichts des Impffortschritts sind diese Zahlen alleine nicht mehr aussagekräftig. Deswegen haben wir in der September-Sitzung eine Ergänzung vorgenommen, so dass die Hospitalisierungsrate stärker berücksichtigt werden soll. Essenziell bleibt weiterhin, dass sich möglichst viele Bürgerinnen und Bürger impfen lassen. Die Vakzinen sind nach wie vor unsere stärkste Waffe gegen die Corona-Pandemie und in mehr als ausreichender Zahl vorhanden.



Bericht aus Berlin

Vereinbarte Debatte zur „Situation in Deutschland“

19 Tage vor der Bundestagswahl hielt Angela Merkel die wohl letzte Rede als Bundeskanzlerin im Parlament. Sie unterstrich, dass der Kampf gegen den Klimawandel eines der drängendsten Themen der Zukunft sein wird. In dieser Legislaturperiode wurden aber bereits wichtige Weichen gestellt. So haben wir beispielsweise den Ausbau der erneuerbaren Energien vorangebracht und das Klimaschutzgesetz verabschiedet. Auch die Zahl der Elektroautos deutlich gestiegen.



Auch Armin Laschet hielt als Ministerpräsident eine Rede in der Debatte zur Zukunft unseres Landes. Er würdigte die Kanzlerschaft Merkels mit niedrigerer Arbeitslosigkeit, sinkende Schulden und wachsender Wirtschaft. Bei uns steht nicht die Ideologie an erster Stelle, sondern unser Wille, pragmatisch und verlässlich für das Land und die Menschen zu arbeiten. Ein Beispiel ist der Kohleausstieg, der in einem gesellschaftlichen Konsens gelingen wird und die betroffenen Menschen nicht zurücklässt. Armin Laschet hat auch nochmals unterstrichen, dass es mit uns keine Steuererhöhungen, sondern Entlastungen für Familien und ein Entfesselungspaket für die Wirtschaft geben wird.

Die Bundestagswahl ist eine Richtungsentscheidung, dass müssen wir den Menschen klar machen. Wir wollen Wirtschaftskraft statt Wirtschaftskrise, Aufschwung statt Abschwung, Entlasten statt belasten, solide Finanzen statt neuer Schulden, Turbo statt Veto.

Arbeitsplätze und Wettbewerbsfähigkeit können nur erhalten bleiben, wenn Deutschland ein klimaneutrales Industrieland wird. Laschet sagte, er möchte „dass es auch in 20 Jahren in Deutschland noch eine Automobilindustrie gibt“. Auch Stahl soll künftig noch in Deutschland produziert werden und nicht in Indien oder China. Erreichen wollen wir das durch Förderung und Innovationen, nicht durch Verbote.

Deutschland brauche außerdem einen Modernisierungsschub. Wir wollen das Land digitaler, schneller und effizienter machen. Dabei dürfen wir die Sicherheit in unserem Land nicht vergessen, denn: Sicherheit ist die Grundlage für unsere Freiheit.

[Die gesamten Reden der Bundeskanzlerin und von Armin Laschet finden Sie hier auf der Internetseite des Deutschen Bundestages.](#)



Bericht aus Berlin

Verabschiedung des Ganztagsförderungsgesetzes

Am letzten regulären Sitzungstag der Legislaturperiode haben wir ein wichtiges Gesetz für die Familien in unserer Region verabschiedet. Nach langen Verhandlungen zwischen den Bundesländern und dem Bund konnte eine Einigung zum sogenannten Ganztagsförderungsgesetz erzielt werden. Mit dem Gesetz wird ein Rechtsanspruch auf Ganztagsbetreuung von Kindern in der Grundschule etabliert. Auf diese Weise wird die Kinderbetreuung auch nach dem Verlassen der Kitas gesichert. Es war unser Ziel, noch in dieser Legislaturperiode die Planungssicherheit für Familien zu steigern, zuletzt scheiterte unser Gesetz aber an der Zustimmung der Bundesländer. Nun konnte aber im Vermittlungsausschuss von Bund und Ländern eine Einigung erzielt werden. Ab dem Jahr 2026 wird der Rechtsanspruch nun schrittweise greifen. Wichtig ist mir dabei, dass wir eine Lösung gefunden haben, die unsere Kommunen vor Ort nicht überlastet.

Vereinbart wurde nun, dass

1. der Bund sich wie geplant mit einem Festbetrag von maximal 3,5 Milliarden Euro an den Investitionen der Länder, Gemeinden und Gemeindeverbände zum quantitativen und qualitativen Ausbau ganztägiger Bildungs- und Betreuungsangebote beteiligt. Für einen beschleunigten Ausbau und Abfluss liegt die Förderquote des Bundes bei bis zu 70 Prozent,
2. Investitionen für den Neubau, den Umbau, die Erweiterung, die Ausstattung sowie die Sanierung der kommunalen Infrastruktur für Bildung und Betreuung von Kindern im Grundschulalter förderfähig ist,
3. die Eigenmittel freier Träger auf den Finanzierungsanteil der Länder angerechnet werden und
4. der Bund sich an den Betriebskosten der Ganztagsbetreuung ab dem Jahr 2026 aufwachsend beteiligt. Ab dem Jahr 2030 dann mit 1,3 Milliarden Euro.

Fragerecht von Arbeitgebern wird ausgedehnt

Weitere Änderungen im Infektionsschutzgesetz: Künftig können auch in Pflegeheimen, Schulen und Kitas die Arbeitgeber ihre Mitarbeiter nach deren Impfstatus befragen. Bislang war das nur in Kliniken, Arztpraxen, ambulanten Pflegediensten oder bei Rettungsdiensten möglich. Die Ausweitung der Regel soll dem Schutz derer dienen, die des Schutzes am meisten bedürfen.

Bei der Einreise nach Deutschland ist nicht mehr die Wahl des Verkehrsmittels entscheidend für mögliche Auflagen. Bisher galten viele Auflagen nur bei der direkten Einreise mit dem Flugzeug, nun können diese auch bei Reisen mit dem Auto oder der Bahn gefordert werden. Auf diese Weise wurde eine Lücke geschlossen, die für viele nur schwer nachvollziehbar war.

Oberstes Ziel und bestes Mittel in der Pandemie-Bekämpfung bleibt aber die Impfung. Seit einiger Zeit steht deutlich mehr Impfstoff zur Verfügung, als verimpft wird.



**Sprechen Sie uns an —
wir sind gerne für Sie da!**

Kontakt/Impressum

Ingrid Pahlmann MdB

Bundestagsbüro Berlin

Deutscher Bundestag
Platz der Republik 11, 11011 Berlin
Telefon: 030 227-72341
Fax: 030 227-76067
E-Mail: ingrid.pahlmann@bundestag.de

Wahlkreisbüro Gifhorn

Steinweg 5, 38518 Gifhorn
Telefon: 05371 740 69 28
Fax: 05371 937 38 74
E-Mail: ingrid.pahlmann.ma04@bundestag.de
Ansprechpartner: Frederick Meyer

Wahlkreisbüro Peine

Freiligrathstraße 4, 31224 Peine
Telefon: 05171 769 92 49
Fax: 05171 150 34
E-Mail: ingrid.pahlmann.ma05@bundestag.de
Ansprechpartnerin: Ann-Marie Klaas



Copyright

Bilder:

Kopfzeile S. 2-5: Deutscher Bundestag/Simone M. Neumann; Deutscher Bundestag/Achim Melde

Kopfzeile S. 6: Deutscher Bundestag/Simone M. Neumann

S. 2-3: Screenshots Deutscher Bundestag,

S. 5: Foto: CDU/Tobias Koch